

1 Erkenntnisse zu den EU-Wahlen 2014

Wozu Wahlen fälschen, wenn man sie auf andere Weise manipulieren kann?

Von Marie Ringel

In den sich selbst „westlich“ nennenden Demokratien werden Wahlen für gewöhnlich nicht gefälscht – zumindest nicht in großem Maß. Umso massiver und ausgefeilter ist allerdings die Einflußnahme auf die Wahlergebnisse vor und nach den Wahlen im Laufe der Zeit geworden. Die nachträglichen Versuche der Parteipolitiker, offenkundige eigene Verluste schön und die gegnerischen Erfolge klein zu reden, sind zur Routine geworden, aber sie können die Fakten nicht mehr ändern. Um sie geht es hier nicht. Die Frage, warum diese Zeremonie nach den letzten EU-Wahlen ausgefallen ist, ist interessant. Die nachstehende Tabelle beantwortet sie¹:

1	2	3	4	5	6
Fraktion	Sitze		Gewinn/Verlust		Sitze
	2009	2014	Sitze	in %	in %
EVP	273	214	-59	-21,6%	28,5%
S&D	195	185	-10	-5,1%	24,6%
ALDE	83	59	-24	-28,9%	7,9%
EKR	57	45	-12	-21,1%	6,0%
Grü/EFD	57	48	-9	-15,8%	6,4%
Teilsumme	665	551	-114	-17,1%	73,4%
Grü/Linke	35	43	8	22,9%	5,7%
EFD	31	38	7	22,6%	5,1%
ohne Frak.	33	42	9	27,3%	5,6%
neue Part.	0	77	77		10,3%
Teilsumme	99	200	101	102,0%	
Σ Gesamt	764	751	-13		

In der linken Spalte stehen die Namen der Fraktionen, zu denen sich die Parteien aus den einzelnen EU-Ländern zusammen geschlossen haben. In der oberen Tabellenhälfte stehen die 5 Fraktionen, die bisher die EU und den Euro getragen haben. Sie haben insgesamt 114 Sitze, d.h. 17,1 Prozent verloren!

Die größten Verluste trafen:
 Die EVP = - 21,6 % ;
 die ALDE = - 28,9% und
 die EKR = - 21,1%.

Die Fraktionen bzw. Parteien in der zweiten Tabellenhälfte haben 101 Sitze oder 102 Prozent hinzugewonnen. Die Namenskürzel der Parlamentsfraktionen, ihr politisches Selbstverständnis und ihre Ziele bedürfen einer kurzen Erklärung:

1.1 Die politische Verortung der Fraktionen im EU-Parlament

EVP steht für Europäische Volkspartei (Christdemokraten). Unter S&D firmieren die gemäßigten Sozialisten, gelegentlich auch Sozialdemokraten genannt. ALDE steht für „Liberalen und Demokraten für Europa“. Unter EKR haben sich „Europäische Konservative und Reformisten“ zusammengefunden, die noch konservativer als die EVP sein wollen. Grü/EFD steht für „Grüne und Europäische Freie Allianz“. Wir haben diese 5 Fraktionen in der oberen Tabellenhälfte getrennt von den anderen Fraktionen zusammen gefaßt, weil sie – grob gesehen – die EU und den Euro befürworten. Allerdings kann man diese Trennlinie (als Hilfslinie gedacht) nicht exakt ziehen, wie das Beispiel der EKR-Fraktion zeigt. In ihr sind z.B. die EU-skeptischen britischen Konservativen und die pol-

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_2014 vom 11.06.2014.

nischen PIS-Abgeordneten zusammengeschlossen. Diese sind eher nationalchauvinistisch als konservativ und für die EU (zumindest so lange, als Polen der große Nutznießer der EU ist).

In der zweiten Tabellenhälfte finden wir die Fraktion „Grü/Linke“, zu der sich Sozialisten und radikale Grüne zusammengeschlossen haben. Für sie gilt eine ähnliche Feststellung, wie für die ECR-Fraktion. Auch hier haben sich eurokritische Parteien mit EU und eurokonformen Parteien zusammengeschlossen. Die deutsche Partei „Die Linke“ ist sowohl für die EU als auch für den Euro, was man von den griechischen Sozialisten (Syriaza Kommunisten) wahrlich nicht behaupten kann. Die Fraktion EFD“ steht für „Europa der Freiheit und Demokratie“, in der sich EU- und eurokritische Parteien zusammengeschlossen haben. Die Bezeichnungen „ohne Fraktion“ und „neue Parteien“ erklären sich von selbst.

1.2 Die Gewinner und Verlierer der Wahl

Während die Fraktionen und die dahinter stehenden Parteien in der oberen Tabellenhälfte eindeutig die Wahlen verloren haben, sind die beiden Fraktionen und die fraktionslosen bzw. neuen Parteien in der unteren Tabellenhälfte als Wahlgewinner hervorgegangen. Doch **welche politischen Auswirkungen** hat die Wahl infolge der empfindlichen Verluste der alten Fraktionsparteien? **Gar keine!** Warum?

Man muß Wahlen nicht fälschen, wenn man ihre Ergebnisse verfälschen kann!

Dazu gibt es zwei Möglichkeiten:

Im Vorfeld kann man politisch unerwünschte, mißliebige Gruppierungen und Parteien in den Medien und der Öffentlichkeit nachhaltig so schlecht reden, daß sie für den Durchschnittsbürger unwählbar werden. Den deutschen Sozialdemokraten ist dies im 19. Jahrhundert widerfahren, bevor sie dann trotzdem den Durchbruch schafften. Im Falle der EU-Wahlen gibt es noch eine weitere Möglichkeit:

Man kann die Wahlergebnisse nach den Wahlen in die gewünschten Bahnen lenken. Die die EU-tragenden Großparteien, haben zu diesem Zweck ihre Juristen mit einschlägiger Erfahrung damit betraut, die Geschäftsordnung des EU-Parlamentes diesen Wünschen anzupassen. Das funktioniert ganz einfach:

Die Mitgliedschaft in einer Fraktion bringt den Parteien und den einzelnen Abgeordneten (1) finanzielle Vorteile, (2) erweiterte parlamentarische Rechte (Funktionen und Repräsentation in den Ausschüssen des Europaparlaments), sowie (3) das Recht, Beschlußvorlagen im Parlament einzubringen. Allerdings verlangt Art. 30 der Geschäftsordnung des EU-Parlamentes, daß eine Fraktion mindestens 25 Abgeordnete haben und sich aus mindestens einem Viertel aller Mitgliedstaaten zusammensetzen muß. Im Jahr 2007 hatte die Mehrheit der alttradierten EU-Parteien diese Eckwerte festgelegt, die einzig und allein den Zweck hatten, die Bildung politisch mißliebiger Fraktionen zu verhindern. Nach der EU-Wahl 2014 konnte diese Regelung ihre Wirkung so richtig entfalten. Die Folgen der „Regelungen zur Geschäftsordnung“ zeigt die nachstehende Tabelle:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Fraktion	Sitze		Gewinn/Verlust		Sitze in %	Änderung durch Fraktionswechsel			
	2009	2014	Sitze	in %		+ / -	Sitze	in %	+ / - in %
EVP	273	214	-59	-21,6%	28,5%	7	221	29,4%	3,27%
S&D	195	185	-10	-5,1%	24,6%	6	191	25,4%	3,24%
ALDE	83	59	-24	-28,9%	7,9%	8	67	8,9%	13,56%
EKR	57	45	-12	-21,1%	6,0%	25	70	9,3%	55,56%
Grü/EFD	57	48	-9	-15,8%	6,4%	2	50	6,7%	4,17%
Teilsomme	665	551	-114	-17,1%	73,4%	48	599	79,8%	8,71%
Grü/Linke	35	43	8	22,9%	5,7%	9	52	6,9%	20,93%
EFD	31	38	7	22,6%	5,1%	10	48	6,4%	26,32%
ohne Frak.	33	42	9	27,3%	5,6%	1	43	5,7%	2,38%
neue Part.	0	77	77		10,3%	-68	9	1,2%	-88,31%
Teilsomme	99	200	101	102,0%		-48	152		
Σ Gesamt	764	751	-13			0	751		

Die EU-tragenden Parteien (obere Tabellenhälfte) haben mit den Verlockungen des Fraktionswechsels ihre Parlamentssitze um 48 (= 8,71 Prozent) auf 599 erhöht. Gemessen an der Gesamtzahl (751) stellen sie nun 79,8 Prozent aller Abgeordneten. Den größten Reibach machte dabei die EKR, die ihre Wahlverluste von 21,2 Prozent sogar überkompensieren und ihre Sitze von 45 auf 70 um 55 Prozent erhöhen konnte. Dieser EKR-Fraktion hat sich übrigens auch die Alternative Deutschland (AFD) angeschlossen, die jetzt Gefahr läuft, zwischen diesen beiden „Mühlsteinen“ der Interessen Englands und Polens aufgerieben zu werden. Man wird sehen, ob sie mit diesem Anschluß die ihren Wählern versprochenen Ziele wirksam zur Geltung bringen kann?

1.3 Ein erstes Fazit

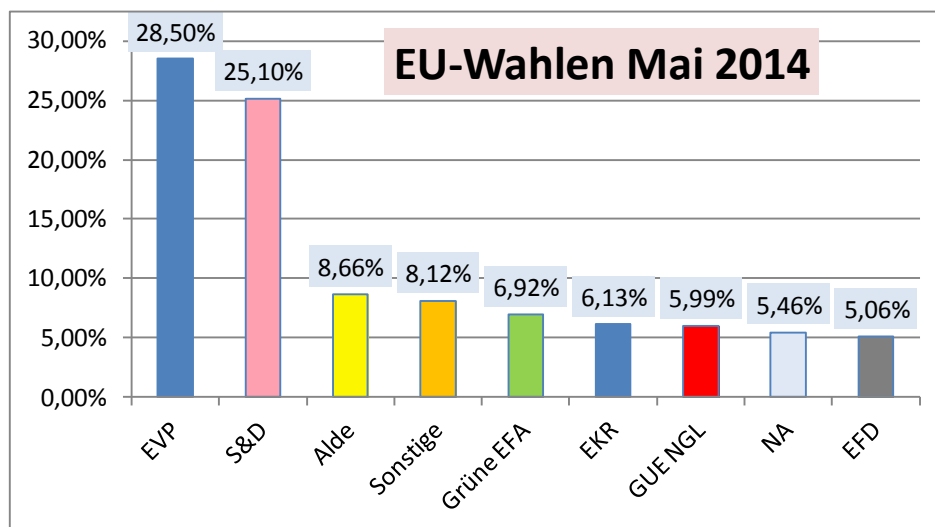
Die EU- und Eurosystemparteien haben 114 Sitze verloren. Die anderen Parteien, die überwiegend EU- und eurokritische Ziele vertreten, hatten 101 Sitze hinzugewonnen. Doch ihre drastischen Stimmengewinne sind irgendwie in der EU-Geschäftsordnung versickert. Ihr verbliebener Rest, der nicht vom lukrativ verlockenden Fraktionswechsel aufgesogen werden wollte oder konnte, beläuft sich auf 52 Abgeordnete (6,9 Prozent aller Abgeordneten) wie der Kasten in Spalte 8 und 9) zeigt. Die Zahl reicht eigentlich aus, um 2 Fraktionen bilden zu können, aber die verbliebenen „rechten“ Parteien wollen oder können miteinander nicht und mit den verbliebenen fraktionsfreien ultralinken können sie sowieso nicht. Es hat sich wieder einmal die alte historische Weisheit bewahrheitet, die besagt: „Teile und herrsche“! Sie hat in der Geschichte in vielen Formen zum Erfolg geführt. Diesmal durch die Ausgestaltung der EU-Geschäftsordnung.

Doch das war noch nicht die letzte – demokratisch legale – Waffe der Mehrheitsdemokraten gegen mißliebige (demokratische) Konkurrenten um die Macht. Die Medien verfälschten auch durch die systematische Zusammenstellung der Wahlergebnisse, und sie verschwiegen eine wesentliche Ursache, warum der Wahlverlust von 114 Abgeordneten-sitzen (= 17,1%) nicht noch größer ausgefallen ist. Der Reihe nach:

1.4 Die Art und Weise der Aufbereitung der Wahlergebnisse

Die Art und Weise, wie die politisch konformen Medien in Deutschland die Wahlergebnisse präsentierten, sollten offensichtlich die Vorstellung erwecken, daß sich durch die

Wahlen nichts geändert habe. Am Beispiel des Politmagazins „Der Spiegel“² kann man diese Art der Einflußnahme auf die Meinungsbildung anschaulich nachvollziehen:



Es sind die am Tag nach der Wahl (26.Mai) veröffentlichten Zahlen, weshalb sie geringfügig von unseren Zahlen in den beiden oberen Tabellen (vom 11.06.2014) abweichen. Hier steht „NA“ für „ohne Fraktion“. Diese Zahlen berücksichtigen in keiner Weise die Stimmen der EU-kritischen Parteien. Von ihnen war gar nicht mehr die Rede. Sie dürfen aber angesichts der immer brennender werdenden Frage: „Sein oder Nichtsein von EU und Euro“, nicht so einfach ausgeblendet werden, wie das die Medien absichtsvoll tun. Allein die Tatsache, daß in 3 europäischen Staaten die EU- und eurokritischen Parteien die Stimmenmehrheit vor allen anderen Parteien erzielten, sollte dies als selbstverständlich erscheinen lassen.

Stimmenmehrheit für EU- und Eurokritiker:			
Land	Partei	Prozent	Sitze
England	UKIP	26,8%	24
	Labour	24,2%	20
	Konserva.	23,2%	19
Frankreich	Front National	24,85%	24
	UMP	20,80%	20
	Sozialisten	13,98%	13
Dänemark	Dä.Volkspartei	26,60%	4
	SozDemokraten	19,10%	3
	Liberales	16,70%	3

Allein diese drei Staaten stellen mit 52 Abgeordneten 6,92 Prozent aller EU-Parlamentssitze.

In den Statistiken und Grafiken, die wir zu lesen bekamen, sucht man sie vergebens.

Wir werden gleich sehen, wie man vorgeht, um das mißliebige Ergebnis ausblenden zu können.

Man hätte das Ergebnis der EU- und eurokritischen Parteien durchaus zumindest näherungsweise ermitteln und deren Bedeutungsgewinn veröffentlichen können. Aber genau das wollte man nicht. Wir holen das in der nächsten Graphik nach:

Dabei greifen wir auf die Zahlen zurück, die auch dem Spiegel unmittelbar nach der Wahl zur Verfügung standen. Nur verteilen wir die Stimmen und Sitzplätze nicht nur auf die im EU-Parlament vorhandenen Fraktionen, sondern berücksichtigen den Willen der

² <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-ergebnisse-aller-laender-a-971591.html>.

Wähler. Es ist ganz offensichtlich, daß Millionen Wähler die EU in ihrer heutigen Form und den Euro ablehnen. Wie viele es bei dieser Wahl durch ihre Stimme kund getan haben, kann man durchaus näherungsweise bestimmen. Unser Vorgehen dabei erklären wir anhand nachstehender Tabelle:

EU-kritische Parteien vor Frak.Wechsel				
Fraktion	Σ Sitze	Anteil	gegen EU	für EU
EKR	45	41%	19	26
Grü/Linke	43	50%	22	22
EFD	38	100%	38	0
ohne Frak.	42	50%	21	21
neue Part.	77	50%	39	39
Gesamt	245		138	107
	751	32,6%	18,3%	14,3%

Die EFD - Fraktion ist von ihrem deklarierten Selbstverständnis her insgesamt als EU-kritisch einzuordnen. Die neuen Parteien haben wir mit 50 Prozent als EU-kritisch gewichtet, ebenso die Abgeordneten ohne Fraktion und die Fraktion „Grü-Linke“.

Wir haben dabei auch auf die Zahlen zurückgegriffen, die unmittelbar nach der Wahl bekannt waren, aber versucht, die Zahlen der EU-kritischen Parteien herauszufiltern und gesondert auszuweisen. Die Spalte Summe der Sitze (Σ Sitze) zeigt die ursprünglichen Ergebnisse, die Spalte daneben (Spalte Anteil) zeigt den Schlüssel der Aufteilung auf EU-konforme und EU-kritische Parteien. Wir nehmen an, daß in den Fraktionen EKR, Grü/Linke und den fraktionslosen Abgeordneten und neuen Parteien eine geschätzte Zahl von 50 Prozent EU-Kritiker sind, so daß wir auf die Zahl von 18,3 Prozent EU-Kritikern oder Gegnern kommen. Von der EKR Fraktion haben wir nur die 19 Abgeordneten der englischen Konservativen als EU-kritisch eingeordnet. Danach ergibt sich folgendes

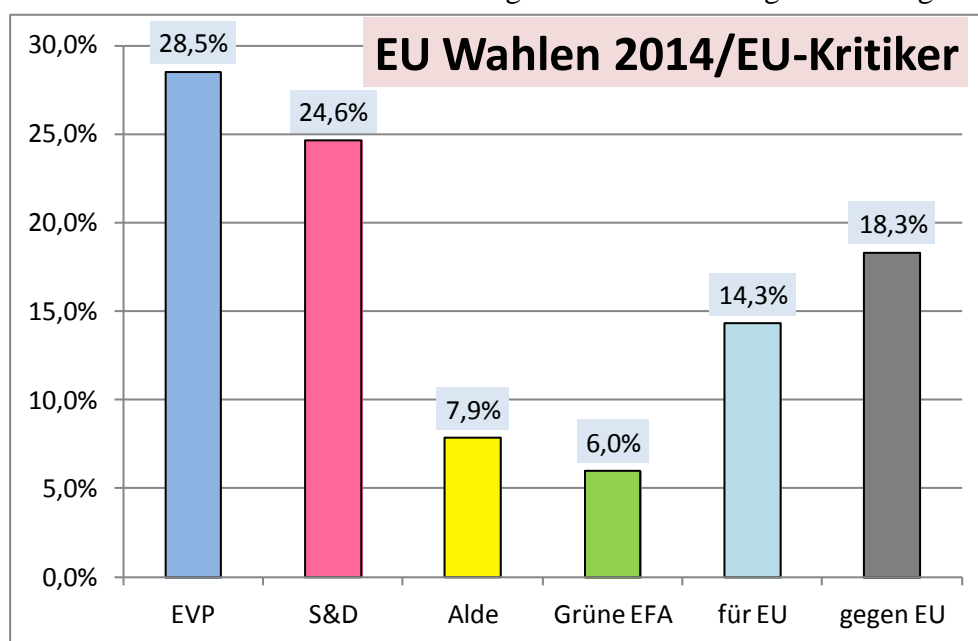


Bild:

Die EU- und Eurokritiker haben 18,3 Prozent der Stimmen und Sitze erhalten und müßten eigentlich als drittstärkste Kraft in den Statistiken des Wahlergebnisses erscheinen. Der Konsens der Medien mit den erklärten Zielen der selbsternannten Europapolitiker der etablierten Parteien in der EU läßt dies offensichtlich nicht zu. In den Köpfen der EU-Bürger soll sich das Bild erst gar nicht zeigen und verfestigen können, wie groß die Zahl der gewählten EU- und Euro-Gegner in Wirklichkeit ist. In Wirklichkeit dürfte die

Zahl der Wähler, die die EU in dieser Form oder den Euro ablehnen, noch weit größer sein, wie am Beispiel Italiens demonstriert werden soll:

Italien	EU Sitze	Sitze %
PD (SozDemokr.)	31	42,5%
NCD (rechte Mitte)	3	4,1%
Südtir.VoPartei	1	1,4%
Summe	35	47,9%
M5S (Grillo)	17	23,3%
FI (Forza Italia)	13	17,8%
Lega Nord	5	6,8%
L'Altra Europa	3	4,1%
Summe	38	52,1%

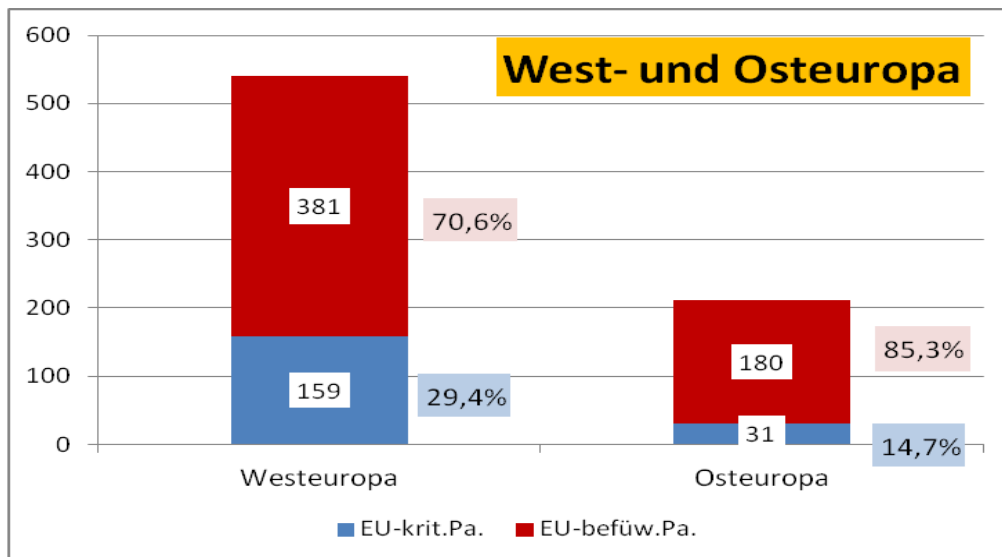
In der oberen Hälfte sind die EU-tragenden Parteien aufgelistet. Sie erhielten 35 Sitze oder 47,9 Prozent.

In der unteren Hälfte stehen die EU-kritischen Parteien, die L'Altra Europa unterstützt Alexis Tsipras (Syriza) Griechenland. Alle EU-kritischen Parteien haben 38 Sitze oder 52,1 Prozent der italienischen Sitze erhalten.

Wie man sieht, haben die EU-kritischen Parteien in Italien über die Hälfte aller Sitze erhalten. Durch ihre Zersplitterung in EU-Kritiker von links und rechts und durch die Zersplitterung insbesondere innerhalb der rechten EU-Kritiker haben sie jedoch nicht die ihrer Stimmenzahl entsprechende Bedeutung. Das läßt sie gegenüber den EU- und eurokonformen Parteien schwächer erscheinen, als ihrer erreichten Stimmenanzahl entspricht. Die von der Mehrheit der EU-tragenden Parteien geänderte Geschäftsordnung des EU-Parlamentes verleiht den ideologisch bedingten Gegensätzen dann noch zusätzliches Gewicht. Doch das die EU-tragenden Parteien begünstigende Wahlergebnis hat noch eine weitere Ursache.

1.5 Unterschiedliche Wahlergebnisse in West- und Osteuropa

Vergleicht man die Wahlergebnisse in West- und Osteuropa, so erkennt man einen signifikanten Unterschied:



EU Länder in	EU-krit.Pa. Sitze	EU-krit.Pa. in %	EU-befüw.Pa. Sitze	EU-befüw.Pa. in %	Gesamt
Westeuropa	159	29,4%	381	70,6%	540
Osteuropa	31	14,7%	180	85,3%	211
	190		561		751

In den osteuropäischen EU-Ländern erhielten die EU-kritischen Parteien nur halb so viele Stimmen (14,7%) wie in den westeuropäischen (29,4%)

Die Frage, warum die Wahlergebnisse in den osteuropäischen EU-Ländern so signifikant von den westeuropäischen abweichen, läßt sich leicht beantworten. Es sind in erster Linie die materiellen ökonomischen Vorteile, die ihnen der EU-Bertritt verschafft. Sie ergeben sich

1. durch den Zustrom europäischer und internationaler Investoren, sie kurbeln die Wirtschaft an und schaffen Arbeitsplätze und steigende Einkommen;
2. hinzu kommt, daß sie die Länder vom Druck der Arbeitslosen befreit, die nach Westeuropa abwandern können.

Beide Ströme wirken wie ein Ventil, dessen Öffnung die Unzufriedenheit abläßt und Wohlstand und Einkommen ansteigen läßt. Die osteuropäischen Parteien verkaufen den EU-Bertritt ihren Wählern als eigene Leistungen und sichern sich so Stimmen und Wiederwahl. Zum Wohlstandsanstieg trägt aber noch eine dritte Komponente bei,

3. die EU-Nettozahlungen, die sich wie ein Segen über die im Sozialismus heruntergewirtschafteten osteuropäischen Länder ergießen.

1.6 Die EU-Nettozahler und Nettozahlungsempfänger

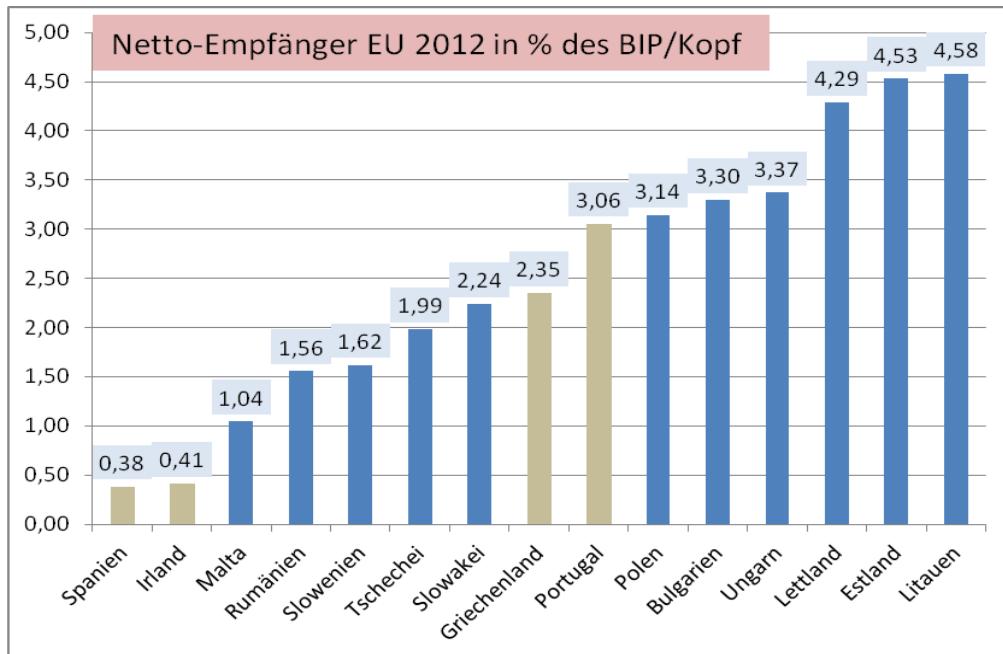
Nettozahlungen sind die Differenz zwischen den finanziellen Leistungen, die die einzelnen Mitgliedstaaten an die Europäische Union (EU) abführen und den Leistungen, die sie von der EU erhalten. Die Nettozahler und Nettoempfänger im Jahr 2012 zeigen die nachstehenden beiden Tabellen³

		Netto-Empfä.	Mio. Euro
Nettozahler	Mio. Euro		
Deutschland	-11.953,8	Malta	71,4
Frankreich	-8.297,5	Slowenien	572,2
Großbritannien	-7.366,1	Irland	670,6
Italien	-5.058,1	Estland	785,3
Niederlande	-2.364,5	Lettland	955,9
Schweden	-1.925,1	Bulgarien	1.329,7
Belgien	-1.493,7	Litauen	1.514,0
Dänemark	-1.126,0	Slowakei	1.597,0
Österreich	-1.073,3	Rumänien	2.031,6
Finnland	-658,8	Tschechei	3.045,2
Luxemburg	-79,5	Ungarn	3.280,4
Zypern	-25,2	Spanien	3.999,0
Summe	-41.421,6	Griechenland	4.544,9
		Portugal	5.027,2
		Polen	11.997,2
		Summe	41.421,6

Deutschland ist der größte Nettozahler. Die Deutschen zahlen 11,9 Mrd. Euro mehr in die EU ein, als sie ausgezahlt bekommen, was ziemlich genau dem Betrag entspricht, den Polen netto ausgezahlt bekommt. Kein einziger Staat aus Osteuropa zahlt mehr in die EU Kasse ein, als er erhält. Verteilt man die Nettozahlung auf die einzelnen Bürger, so sieht man, wie diese Zahlungen das Bruttoinlandsprodukt und damit das Einkommen des Ein-

³ <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger>.

zelen erhöhen. Die nachstehende Graphik zeigt diese Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf⁴:



Von den westeuropäischen Ländern erreichen nur Griechenland und Portugal eine vergleichbare Einkommenssteigerung wie die Osteuropäer durch die Nettozahlungen. Auch wenn man die Summe der gesamten Nettozahlungen, die nach Osteuropa fließen, anschaut, erkennt man, daß sie den Löwenanteil erhalten:

EU-Länder	Net.Zahler Mio. €	Net.Empfänger Mio. €	in %
Westeuropa	-41.421,6	14.313,1	34,6%
Osteuropa		27.108,5	65,4%

Von den 41,4 Mrd. Euro fließen 27,108 Mrd. oder 65,4 Prozent nach Osteuropa!

Zusätzliche Investoren, Arbeitsplätze und Absatzmärkte und die Nettozahlungen haben den Wohlstand aller osteuropäischen Länder beträchtlich gesteigert. Es ist somit kein Wunder, daß es die Osteuropäer an die Futtertröge der EU zieht und sie keinerlei Veranlassung sehen, nach der Hand zu schlagen, der sie die Wohltaten verdanken. Somit ist es nicht erstaunlich, daß sie Parteien in ihren Ländern gewählt haben, die den Fraktionen der EVP und Sozialisten (S&D) angehören, wodurch sie deren Wahlniederlang in Grenzen hielten.

Ganz anders die westeuropäischen Länder der EU, die mit Ausnahme Englands, Dänemarks und Schwedens auch den Euro als gemeinsame Währung haben. Sie haben seit Ausbruch der Wirtschaftskrise (2007) einen permanenten ökonomischen Niedergang erlitten, der durch die autoritären Verhaltensvorgaben (Zwangssparen und Reformen) der supranationalen Institutionen EU-Kommission und Europa-Rat (Regierungen der EU-Länder) noch verstärkt, und bis heute noch nicht gestoppt werden konnte. Ihre Hoffnungen und Visionen auf merkliche Wohlstandssteigerungen hatten sich nur in den Anfangsjahren erfüllt, solange sie preisgünstig einkaufen konnten: Im Inland wegen der stabilen Preise (Wegfall der Inflation) und im Ausland wegen der niedrigen Importpreise, die sie

⁴ Zahlen aus <http://www.bpb.de/nachschlagen...>, a.a.O.

dem (relativ hohen) Außenwert des Euro verdankten. Zudem konnten sich Haushalte, Wirtschaft und Staat infolge der ebenso ungewohnt niedrigen Zinsen billig und immer höher verschulden. Als der Ausgaben- und Konsumrausch infolge der Krise zu Ende war, standen sie (Staaten, Unternehmen und Privathaushalte) vor den Schuldenbergen, die sie nicht mehr bezahlen konnten. Als die EU-Regierungen (Europa-Rat) und die EU-Kommission ihnen deshalb Ausgabensenkungen verordneten, führten diese zu Produktions- und Einkommensminderungen und damit zu steigender Arbeitslosigkeit, weshalb die Schulden erst recht nicht zurückgezahlt werden konnten und noch weiter ansteigen mußten. Ein Teufelskreis war losgetreten, an dem auch die Weimarer Republik in der ersten großen Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts scheiterte. Im Prinzip befindet sich heute die Euro-Union und damit die EU in der gleichen Situation! Die Devise der auf ihren Visionen beharrenden Europa-Politiker heißt heute – wie damals – abwarten! Ihre Hoffnung ist wie damals, daß es sich schon irgendwie richten würde, wenn die Einkommen nur tief genug gesunken sind.

1.7 Die demokratische und politische Legitimation der EU

In dieser Phase des ökonomischen Niedergangs hat die EU zunehmend autoritäre, ja diktatorische Züge entwickelt, die ihre demokratische und politische Legitimität in Frage stellen. Die ökonomische Zukunft der europäischen Volkswirtschaften ist ungewiß. Die meisten Länder haben heute noch nicht das Einkommens- und Produktionsniveau vor Ausbruch der Krise erreicht, die Arbeitslosenzahlen und die Schulden steigen weiter an. Die Anzahl der Politiker und Regierungen, die sich gegen die von der EU verfügte rigorose Spar- und Reformpolitik wendet und mit der Rückkehr zu einer eigenen Währung und souveräner Geld- und Fiskalpolitik liebäugelt, steigt zusehends. Auch immer mehr Wähler (der Souverän) verlangen dies, wie die Wahlen – zumindest in Westeuropa gezeigt haben.

Allein, sie sind innerhalb der gesamten EU mehrheitlich unterlegen. Es gibt noch zu viele Wähler (in Westeuropa), die sich unkritisch an ihre schon immer präferierten Parteien gebunden fühlen, in der Annahme, daß die es schon richten werden. Von Wählern in den nutznießenden Ländern in Osteuropa ganz zu schweigen. Doch mit der Fortdauer der Krise wird auch die Verzweiflung der Betroffenen größer und die Gewißheit, daß man die Krise als souveräner Staat leichter überwinden könnte (schon lange überwunden hätte). Mit Versprechungen ökonomischen Wohlstands durch die EU, die sie ursprünglich geglaubt haben, braucht man ihnen sowieso nicht mehr kommen. Sie haben sich ein neues Feindbild zurechtgelegt. Für sie sind neben der EU die Kanzlerin Merkel und die Deutschen Schuld an ihrem ökonomischen Niedergang. Schon wieder die Deutschen!

Die politischen Eliten Deutschlands können das gar nicht so recht begreifen. waren sie sich doch seit über 60 Jahren ständig bemüht zu beweisen, daß sie aus der Geschichte gelernt haben, geläutert und demokratisiert sind. Gerade sie waren es, die glaubten, durch ein Vereinigtes Europa die Konflikte und Kriege ein für allemal auf dem Kontinent gebannt zu haben. Und jetzt ist es gerade dieses von ihnen angestrebte Europa, das die alten Animositäten und Vorurteile zu neuem Leben erweckt? Eigentlich müßten sie sich nicht darüber wundern, haben sie doch, was die Geschichte im 20. Jahrhundert angeht, alles getan, um diese latenten Vorurteile zu bestärken. Aus Anlaß des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges bereist gerade wieder einmal Deutschlands Bundespräsident die Schlachtfelder, um sich für den Krieg und das Leid zu entschuldigen, das deutsche Soldaten den anderen zugefügt haben. Für gewöhnlich beendet er seine Bußfertigkeit mit der

inbrünstigen Überzeugung, daß heute das Vereinigte Europa solche Kriege unmöglich gemacht habe.

Und alle Medien und Politiker sind von der Redlichkeit seines Bestrebens angerührt, so als gäbe es den Bürgerkrieg in der Ukraine nicht, an dem gerade die EU ganz und gar nicht unschuldig ist. Hat sie doch dieser ehemaligen Teilrepublik der Sowjetunion mit ihren willkürlich über die Sprach- und Volksgrenzen hinweg gezogenen Staatsgrenzen die Mitgliedschaft in der EU angeboten und damit die Regierungskrisen heraufbeschworen und die blutigen Auseinandersetzungen ausgelöst. Die EU hat sich offensichtlich zu einer Macht entwickelt, die ihren Einflußbereich auszuweiten bestrebt ist – ohne Rücksichtnahme auf die Interessen anderer Staaten, die auch zu Europa gehören! Ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht (ein Menschenrecht) jener ukrainischen Bürger, die den Staatstreich in Kiew mit ansehen mußten, die sich aber Rußland zugehörig fühlen und nicht der EU. Was unterscheidet das Handeln der EU heute von dem der imperialen europäischen Mächte des 19. und 20. Jahrhunderts, die den Ersten Weltkrieg auslösten?

Die EU hat im Jahr 2012 für die von ihr proklamierte Friedensmission den Friedensnobelpreis bekommen. Ein Preis, der auch in vielen anderen Fällen nie hätte vergeben werden dürfen, wie sich nachträglich herausstellte. Dadurch, daß die EU immer offenkundiger die eigenen, sehr hoch gesteckten Ziele und Ansprüche verletzt, droht sie auch ihre politische Legitimation zu verlieren.

Traurig, daß nur sehr wenige Zeitgenossen sich die Freiheit des Denkens in unseren Zeit bewahren konnten, um dies zu erkennen und zu sagen.

www.hpatzak.de

16.08.2014